

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 7

Rubrik: Die Welt letzte Woche

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

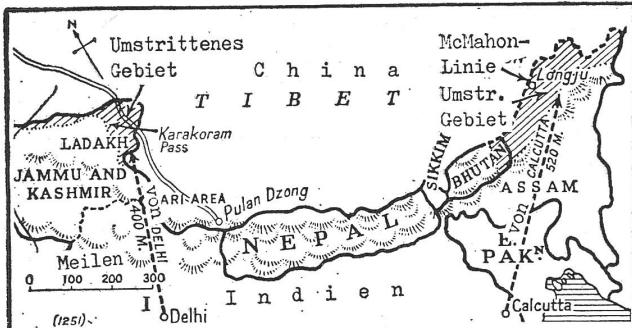
Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Indien wird einfach umgangen



Nach einem Bericht des indischen Außenministeriums werden immer noch 19 000 Quadratkilometer indischen Gebietes von chinesischen Truppen illegal besetzt gehalten. Im ganzen wird vom kommunistischen Nachbar Anspruch auf etwa 80 000 Quadratkilometer indischen Bodens erhoben. In den Grenzstreitigkeiten mit Indien versucht Peking Neu Delhi neuerdings einfach zu übergehen. Die chinesische Regierung ist nicht der Auffassung, dass auch

der gegenwärtig von Pakistan verwaltete Teil Kaschmirs die jure zu Indien gehört. Kürzlich hat Peking der pakistanischen Regierung das Angebot gemacht, über die Grenzbereinigung zwischen Pakistan und Kaschmir ohne Einschaltung Indiens zu verhandeln. Auch mit den Himalaja-Fürstentümern Bhutan und Sikkim versucht das kommunistische China separate Grenzverhandlungen unter Ausschluss Indiens zu führen.

Sie stimmten durch Enthaltung

Vorige Woche wurden in Persien zum zweitenmal innerhalb der letzten sieben Monate Wahlen durchgeführt. Kurz vor dem Wahltag demonstrierten in den Straßen Teherans 12 000 Studenten für «freie Wahlen». Elf Politiker, Mitglieder der verbotenen Nationalen Front suchten politisches Asyl im Senatsgebäude. In der Stadt Kerman hat der Oppositionskandidat, Mozaffer Baghaé, der in den letzten drei Wahlen mit grosser Mehrheit gewählt wurde, diesmal angeblich nur 27 Stimmen erhalten, gegenüber 2000 Stimmen für den Kandidaten der Regierung. Sein Protesttelegramm an Uno-Sekretär Dag Hammarskjöld, worin er die Regierung «der Unterdrückung aller Rechte und Freiheiten» beschuldigte, hatte seine Verhaftung zur Folge. In Borazjan haben Arbeiter, als Protest gegen die Regierung, den Markt geschlossen. Anti-Regierungsdemonstrationen in der Hauptstadt endeten mit 18 Verletzten und 80 Manifestanten in Haft.

Schah Mohammed Reza Pahlavi versuchte vor vier Jahren seinem Land eine demokratische Fassade zu geben, als er die Entstehung einer parlamentarischen Opposition zu ließ. Einige seiner Anhänger wurden mit der Bildung einer Oppositionspartei beauftragt. Jedoch, als der Wahlbetrug bei den letzten Wahlen im August offensichtlich wurde, befahl der

Schah die Annulierung der Wahlergebnisse.

Die Wahlen von letzter Woche ergaben ebensoviel Wahlfälschungen wie die vorhergehenden. Die beiden Regierungsparteien erhielten 75 Prozent aller Sitze in der Majlis. Die linksgerichtete Koalitionspartei Mohammed Mossadeghs, die Nationale Front, zeigte eine bedrohliche Stärke, obwohl sie keine Sitze gewann. Ueberzeugt davon, dass die Wahlergebnisse verfälscht würden, hat die Nationale Front zum Boykott der Wahlen aufgerufen. Die Tatsache, dass von den 600 000 Stimmberichtigten in Teheran nur 65 000 an die Wahlurnen gingen, beweist eindeutig den Erfolg dieser Kampagne.

Der König greift ein

König Savang Vatthana von Laos verlas am Sonntag vor dem diplomatischen Korps in Vientiane eine Botschaft, worin er erklärte, die Welt müsse davon überzeugt werden, dass Laos ein neutrales Land sei, das niemanden bedrohe und einzigen Frieden wünsche.

Der König ersuchte Kambodscha, Burma und Malaya, eine Kommission zu schaffen, die nach Laos gehen und sich überzeugen sollte, dass dieses Land niemanden bedrohe und nichts als den Frieden wünsche. Ihre Aufgabe wäre, jede direkte oder indirekte Intervention, die die Integrität, Neutralität und Unabhängigkeit des Königreiches beeinträchtigen könnte, zurückzuweisen. Kopien der kö-

niglichen Erklärung sollen als Flugblätter in allerkürzester Zeit über den Städten und Dörfern des Landes und auch über dem von den Rebellen besetzten Gebiet abgeworfen werden, um die Bevölkerung über den Standpunkt des Königs zu orientieren. Das Regierungskabinett habe einen Plan gutgeheissen, wonach der Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident, General Phoumi Nosavan, nach Phnom Penh gesandt werden soll, um mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Souvanna Phouma über Massnahmen zur Beendigung des Bürgerkrieges zu verhandeln.

Kubanische Guerillas

Fidel Castro hat am Montag eine grosse Aktion zur Bekämpfung der Rebellen in den Escambray-Bergen angeordnet. Rund 70 000 Mann Regierungstruppen sollen gegen die Guerillas eingesetzt werden. Die Zahl der noch kämpfenden Guerillas wird auf etwa 3000 Mann geschätzt, welche in entlegenen Buchten ständig Verstärkung erhalten sollen.

Die Wahlen in Kenia

Am Sonntag begannen in Kenia die achttägigen Wahlen, durch welche voraussichtlich die Afrikaner zum erstenmal eine Mehrheit im gesetzgebenden Rat der Kolonie erlangen werden.

Die Wahlen werden am Montag in einer Woche abgeschlossen sein. Alle Ergebnisse werden gleichzeitig bekanntgegeben. Von den 65 Sitzen des gesetzgebenden Rates müssen 53 neu besetzt werden. 33 von ihnen sind sogenannte offene Sitze, die wahrscheinlich von Afrikanern besetzt werden, die übrigen 20 dagegen sind für europäische, asiatische und arabische Mitglieder reserviert. Alle 53 Mitglieder des Rates werden darauf die 12 «nationalen» Mitglieder bestimmen, die sich aus allen in Kenia lebenden Rassen zusammensetzen.

Am Rande ...

Mgr. Jossif, Bischof der «altgläubigen» Orthodoxen von Kischinew und Odessa, wurde am Mittwoch einstimmig zum Erzbischof aller Reussen dieser orthodoxen Gemeinschaft ernannt, die in der Sowjetunion etwa 20 Millionen Anhänger zählt. Der neue Erzbischof, der die Nachfolge des im Dezember verschiedenen Mgr. Flavian übernimmt, ist 75 Jahre alt. Er heisst im Zivilleben Iwan Mi-

chalowitsch Morjakow. Die feierliche Einsetzung in sein neues Amt wurde auf den 19. Februar festgesetzt. Die Inthronisation wird in Moskau im Beisein der meisten kirchlichen Würdenträger der «altgläubigen» Orthodoxen stattfinden.

Auf heftige Reaktionen seitens ausländischer Regierungen, vor allem afrikanischer Staaten hin sollen in Zukunft keine weiteren Atomexplosionen in der Sahara ausgelöst werden. Mehrere Frankreich freundlich gesinnte Länder in Afrika haben, so verlautet, Präsident de Gaulle darauf hingewiesen, dass sie sich nicht mehr länger auf formelle Proteste beschränken könnten, falls Frankreich seine Kernversuchsreihe in der Sahara weiterführe.

Der Brüsseler Advokat G. Hupin hat eine neue politische Partei gegründet, die sogenannte «Belgische Nationalpartei». Auf ihrem Programm steht u. a. «die volle Anwendung der königlichen Vorrechte». Beobachter sind der Ansicht, dass es sich um eine Partei mit faschistischen Tendenzen handelt.

In verschiedenen Städten Indiens kam es zu Unruhen, die von zwei rivalisierenden Gemeinschaften ausgelöst worden waren und die sich weiter ausdehnten. Es gab zahlreiche Todesopfer.

«Daily Worker»: Die kommunistische Partei Grossbritanniens zählt heute insgesamt 27 561 Mitglieder. 1960 sind 1509 Personen neu dazugekommen.

Jugoslawien hat 50 Mittelschullehrer und Professoren nach Guinea entsandt, um beim Aufbau des Schulwesens zu helfen. («Borba», 11. Januar 1961.)

Eine eigene Ideologie haben sich die ghanesischen Nationalisten geschaffen: sie heisst Nkrumahismus, nach dem Familiennamen des Staatschefs Dr. Kwame Nkrumah. Die Zeitung «Ghana Times» schrieb unter anderem: «Nkrumahismus predigt Frieden und Liebe zu allen Menschen und der Erziehungsminister erklärte protestantischen Missionaren gegenüber, der Nkrumahismus stelle keine Religion an sich dar und sei deshalb auch nicht unvereinbar mit dem, was die Religion lehrt. Christentum, Mohammedanismus und Marxismus seien nur die Lehren des Lebens und der Philosophie jener Leute, die sich dazu bekennen. «Nkrumahismus dagegen ist die Lehre und Glaube Nkrumahs...» Was es nicht alles gibt!